



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Terrorismus wirksam bekämpfen – Defizite bei der Inneren Sicherheit beseitigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. um der hohen Priorität der Überwachung islamistischer Organisationen durch Polizei, Verfassungsschutz und alle übrigen Sicherheitsbehörden gerecht zu werden,
  - a) umgehend dafür zu sorgen, dass das durch die neu geschaffenen Dienstposten bei der Polizei nun zusätzlich benötigte Personal umgehend ausgebildet wird,
  - b) darüber hinaus 100 weitere Dienstposten bei der Polizei zu schaffen und unverzüglich zu besetzen,
  - c) darüber hinaus 30 weitere Stellen für IT-Fachleute bei der Polizei zu schaffen und unverzüglich zu besetzen, und
  - d) gegenüber den anderen Bundesländern darauf zu dringen, den beängstigenden Personalabbau bei der Polizei umgehend zu stoppen.
2. auf dem Gebiet der Prävention
  - a) unverzüglich mehr Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter einzusetzen,
  - b) den Islamunterricht an den staatlichen Schulen deutlich auszubauen,
  - c) mehr Anrechnungsstunden für Beratungslehrer und Schulpsychologen für die Präventionsarbeit anzusetzen,
3. sich auf Bundesebene und gegenüber der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass
  - a) eine den Vorgaben des deutschen und europäischen Verfassungsrechts entsprechende Vorratsdatenspeicherung und eine Rechtsgrundlage zur Überwachung verschlüsselter Kommunikation für Fälle schwerer Straftaten geschaffen wird, mit dem Ziel, die Verwertung der Daten zur Aufklärung schwerer Straftaten mit richterlichem Beschluss zu ermöglichen,
  - b) bei Vorliegen einer doppelten Staatsangehörigkeit die Möglichkeit geschaffen wird, dass Deutschen mit einer zusätzlichen ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird, sofern diese im Ausland im Namen einer terroristischen Vereinigung kämpfen oder gekämpft haben und/oder diese an anderer verantwortlicher Position an den Kämpfen beteiligt sind oder waren,
  - c) die gesetzliche Grundlage für einen Entzug von Personalausweisen und Ausstellung entsprechend gekennzeichnete Ersatzdokumente geschaffen wird, wenn auf diesem Wege die Ausreise in den Dschihad verhindert werden soll,
  - d) der Informationsfluss zu Reiseaktivitäten von Dschihadisten innerhalb der Europäischen Union sowie zwischen den EU-Staaten und der Türkei verbessert wird, und
  - e) die rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung salafistischer und dschihadistischer Gruppen voll ausgeschöpft werden.